



Dr. Dagmar Enkelmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
1. Parlamentarische Geschäftsführerin Fraktion DIE LINKE
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
☎ (030) 227 – 78 220
☎ (030) 227 – 76 219
✉ dagmar.enkemann@bundestag.de

Pressemitteilung

Bernau/Strausberg, 11. Dezember 2009

Bund schiebt Kosten der Unterkunft Kommunen zu

Enkelmann (DIE LINKE): Schwarz-Gelb spart Milliarden zu Lasten von Gemeinden, Städten und Landkreisen

„Schwarz-Gelb bezahlt Steuergeschenke für Großunternehmen und reiche Erben, indem man die Kommunen zur Kasse bittet. So streicht die Bundesregierung 2010 mehr als eine Milliarde Euro bei den Kosten der Unterkunft für Langzeitarbeitslose - große Städte müssen dafür mit Mehraufwendungen im Millionen-Bereich rechnen,“ kritisiert die Bundestagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE) die kürzlich von der Koalition verabschiedete Neuregelung des Sozialgesetzbuches (SGB) II.

„Dies ist nicht der einzige finanzielle Aderlass für Städte und Gemeinden. Dazu kommen die Einbußen wegen der Krise. Dies lässt viele kommunale Haushalte für 2010 schon jetzt zur Makulatur werden,“ erklärt die Bundestagsabgeordnete und Bernauer Stadtverordnete. Eine Ursache für die Mehraufwendungen sind dabei höhere Energiekosten, die von den Kommunen aber kaum beeinflussbar sind. „Städte und Gemeinden geraten so in eine Zwangslage, der sie kaum entinnen können“, betont Enkelmann.

Zum Hintergrund: Lag der Bundesanteil an den Kosten für Unterkunft 2008 noch bei 28,6 Prozent, so wird dieser 2010 auf 23,6 Prozent gesenkt. Für 2010 werden dabei Gesamtkosten für Unterkunft und Heizung von 15,8 Milliarden Euro erwartet. Mit seinem sinkenden Anteil bürdet der Bund den Kommunen zusätzliche Ausgaben von über eine Milliarde Euro auf. Damit aber die einst versprochene Entlastung der Kommunen von 2,5 Milliarden Euro eintritt, müsste die Bundesregierung real mehr als ein Drittel der Kosten der Unterkunft – genau 35,8 Prozent – übernehmen. Die Fraktion DIE LINKE hatte sich in einem Antrag (Drs. 17/75) dafür eingesetzt, dass der Bund den größten Teil der für 2010 erwarteten Mehrkosten übernimmt. Dieser Antrag wurde von der Mehrheit des Bundestages bereits abgelehnt.